

# Schulstrukturreformen

München/Berlin, 08. Oktober 2018



## Erfahrungsberichte aus betroffenen Bundesländern

„Passt bloß auf!“

### Warnung von Experten aus betroffenen Bundesländern: Kleinste bildungspolitische Veränderungen können zu „Verwüstungen“ in der Schullandschaft führen

Die Erfahrungsberichte aus vier betroffenen Bundesländern, die zur Festveranstaltung der Bundesinitiative vorgelegt wurden, zeigen große Übereinstimmung. Nachstehend werden sie zusammenfassend wiedergegeben. Verschaffen Sie sich selbst einen Eindruck vom Niedergang der Schul- und Bildungsqualität in Deutschland durch ideologiegeleitete Reformen, die das erfolgreiche differenzierte Schulwesen mit eigenständigen Schularten teilweise oder ganz zerstört haben.

1



#### Erfahrungsbericht aus Baden-Württemberg

In der Legislaturperiode 2011 bis 2016 wurde in Baden-Württemberg unter Grün-Rot das Schulsystem ideologisch motiviert zutiefst erschüttert und destabilisiert. Baden-Württemberg war im Ländervergleich bis dahin bestens aufgestellt. Dennoch hatte Grün-Rot ohne Not nachhaltig einen Schulunfrieden vom Zaun gebrochen. Bildungstektonisch kam es zu verhängnisvollen Verschiebungen, die bis heute ungünstig nachwirken. Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann (CDU) packt nun wieder mit sachlicher Beharrlichkeit die richtigen Dinge an. Sie setzt auf Qualität und begibt sich konsequent auf Fehlersuche, und dies übrigens nicht erst nach dem verheerenden Abschneiden Baden-Württembergs bei den letzten IQB-Studien. Analysen von IQB-Studien verweisen stets auch auf frühere Weichenstellungen. So können etwa die weiterführenden Schulen ab diesem Schuljahr die Empfehlungen der Grundschule einsehen und mit Eltern und Kindern darüber ins Gespräch kommen. Sie verbietet die Methode „Schreiben nach Gehör“ in der Grundschule, gibt einen Rechtschreibrahmen heraus, usw.

Karin B. sieht als Verbandsvorsitzende und als Schulleiterin weiterhin große Verunsicherungen bei Lehrkräften und Eltern. Die drei wesentlichen Schularten Hauptschule/Werkrealschule, Realschule, Gymnasium und daneben die Förderschule waren einstmals konzeptionell sehr gut aufeinander abgestimmt. Sie ergänzten sich, orientierten sich an der Leistungsfähigkeit der Kinder und hatten dabei auch immer schon gemeinsame Schnittmengen. Außerdem waren sie durchlässig in alle Richtungen. Viele Länder, nicht nur Bundesländer, haben uns um dieses differenzierte bzw. differenzierende Schulsystem beneidet, welches Kindern in all ihrer Unterschiedlichkeit genau damit Rechnung trug, indem es pädagogisch unterschiedliche Wege bzw. Schularten bereitstellte.

Ideologisch motiviert und durch Geldgeschenke an die Kommunen wie auch an Schulleitungen gelockt, änderten viele Haupt- und Werkrealschulen ihre bewährte Pädagogik und wurden unter Grün-Rot zu Gemeinschaftsschulen. Das Gymnasium verwehrt sich sofort gegen jede ‚feindliche Übernahme‘, denn, das wird oft vergessen, auch das Gymnasium sollte in der neuen Schulart Gemeinschaftsschule ‚aufgehen‘. Nun störten die Realschulen das Bild einer ‚Schule für Alle‘ und standen zur Disposition. Nachdem die Eltern aber beharrlich ihre Kinder weiterhin an der Realschule anmeldeten, bekam sie vom damaligen Kultusminister Andreas Stoch (SPD) verordnet, auch den Hauptschulabschluss anzubieten. De facto eine polit-ideologisch dirigistisch qualitative Herabsetzung der Realschule zugunsten einer landesweiten Etablierung von hoffentlich letztendlich gymnasial orientierten Gemeinschaftsschulen. Dann kamen erneut die Landtagswahlen und die SPD wurde aus der Landespolitik und nicht zuletzt auch aus der Schulpolitik des Landes deutlich abgewählt.

Inzwischen haben wir in Baden-Württemberg immer noch alle Schularten des dreigliedrigen Schulsystems – allerdings nun alle geschwächt durch eine viel zu große Heterogenität in sich. Vielerorts fehlt die klassische Hauptschule/Werkrealschule gänzlich. Daneben neu die Gemeinschaftsschule mit ihrem ganz eigenen pädagogischen Konzept: Ganztageschule, keine Noten, Lerncoaches, Lernateliers, Kompetenzraster, Lerncluster usw., was von Eltern für ihre Kinder zunehmend weniger angenommen wird. Wenn das kein heillooses Durcheinander ist, was dann?

Das Konzept der meisten Realschulen besteht nun darin, den Klassenverbund in einigen Fächern zu trennen, um in Gruppen fördernd zu unterrichten. Man halte sich zusammenfassend vor Augen: Eine Schulart wie die Hauptschule, die lernschwächere Kinder gezielt fördern kann, wurde zer schlagen, mit dem Ergebnis, dass diese Kinder nun in großen Realschulklassen und mit zusätzlichen Förderstunden unterrichtet werden müssen, wodurch das Gesamtkonzept einer überaus erfolgreichen Schulart wie der Realschule leidet. Unweigerlich stellt sich hier die Frage nach Qualität und Sinnhaftigkeit solcher Schulpolitik. Am Rande sei noch angemerkt, dass Gemeinschaftsschulen mit ihrem Konzept offenkundig keine Alternative für schwache Schülerinnen und Schüler darstellen. Gerade diese brauchen nämlich Orientierung und Unterstützung beim Lernen und gehen bei zu viel Offenheit und Selbstbestimmung der Lernformen unter.

Im Unterschied zur Gemeinschaftsschule sind die Realschulen aber schlechter ausgestattet. Sie haben weniger Poolstunden und einen größeren Klassenteiler. Das muss dringend geändert werden. Realschullehrkräfte sind gewohnt mit Heterogenität umzugehen. Inzwischen sitzen in unseren vollen Klassen aber alle Leistungsniveaus vom Hochbegabten bis zum Förderschüler. Das bedeutet für die Lehrkräfte und für die Kinder eine große Belastung, und der Lernfortschritt aller leidet darunter. Deshalb fordern wir zum einen eine verbindliche Grundschulempfehlung, die allen

Eltern und somit auch den Kindern Orientierung auf deren Schullaufbahn gibt und zum anderen klar umrissene Schularten. Unterschiedliche Kinder brauchen unterschiedliche Schularten.



### Erfahrungsbericht aus Niedersachsen

#### **Steter Tropfen höhlt den Stein – oder: Niedersachsen schleichend auf dem Weg zu einer Schule für alle**

Am 9. August ist Niedersachsen in das Schuljahr 2018/19 gestartet, ein Schuljahr mit alten Problemen und neuen Hypothesen. Sorgen machen vor allem die **unzureichende Unterrichtsversorgung, massenhaft Abordnungen von Gymnasiallehrern an andere Schulformen, besonders auch die Grundschule, der mangelhafte Lehrernachwuchs, die Belastungen durch die Inklusion und die Qualität des gymnasialen Niveaus, usw.**

#### **Daten zur Schulstruktur 2018**

Damit man sich ein Bild von der niedersächsischen Schullandschaft machen kann, ein paar aktuelle Zahlen, die die Entwicklung charakterisieren:

Insgesamt gibt es in Niedersachsen im Schuljahr 2018/2019 rund 2.775 öffentliche Schulen: rund 2.640 öffentliche allgemein bildende Schulen (davon ca. 1700 Grundschulen) und etwa 135 berufsbildende Schulen. Mehr als 1.800 der allgemein bildenden Schulen verfügen über ein Ganztagsangebot.

Niedersachsen verfügt über 265 Oberschulen und 131 öffentliche Gesamtschulen, davon 95 Integrierte Gesamtschulen (IGS) und 36 Kooperative Gesamtschulen (KGS).

52 der 95 IGSn führen eine gymnasiale Oberstufe. 12 Schulen werden am Schuljahresende erstmalig die Abiturprüfung abnehmen.

Die Inklusionsquote ist in Niedersachsen im Schuljahr 2017/18 auf 64,3 Prozent gestiegen. Die inklusive Schule wird aufsteigend weiter ausgebaut.

#### **Weniger Bildungsvielfalt**

In Niedersachsen gibt es als allgemein bildende Schulen die Grundschule, die Hauptschule, die Realschule, die Oberschule, das Gymnasium, die kooperative und die integrative Gesamtschule, die Förderschule, das Abendgymnasium und das Kolleg – das klingt immer noch sehr differenziert, aber das Gegenteil ist der Fall. Die Differenzierung hat schleichend abgenommen; Niedersachsen

ist **auf dem Weg zu einer zweigliedrigen Schulstruktur** mit einer berufspropädeutischen Säule (Schulformen, die vorrangig auf das duale System hin orientiert sind) und einer wissenschaftspropädeutischen Säule (das Gymnasium, auf das Studium hin orientiert). Die inklusive Schule wird aufsteigend weiter ausgebaut. Elternwahlrecht jetzt bis zum Jahrgang 10. Aber einige Bildungsideologen aus SPD, Grüne und Linke arbeiten längst auch daran, das Gymnasium abzuschaffen. Die SPD-interne „Arbeitsgemeinschaft für Bildung“ (AfB) will schon seit Langem die Einheitsschule durchsetzen:

„Das grundlegende Ziel bleibt eine ‚Schule für Alle‘. Bis sich unser Schulsystem entsprechend weiterentwickelt hat, sehen wir ein gleichwertiges 2-Wege-Modell als Zwischenschritt auf dem Weg zum Ziel.“

### **Die Integrierte Gesamtschule für alle**

Die Integrierte Gesamtschule (IGS) soll das Flaggschiff der Bewegung sein. In ihr werden **Jugendliche aus allen Schulformen in allen Fächern nach einem Lehrplan gemeinsam** unterrichtet. Schwächere Schüler sollen von den Stärkeren lernen, auf unterschiedliche Lernvoraussetzungen sollen die Lehrkräfte mit innerer Differenzierung eingehen. Trotzdem gibt es auch eine **äußere Differenzierung durch Fachleistungskurse** entsprechend dem Leistungsstand der Schüler, im Mathematik und Englisch ab dem 7. Schuljahrgang, in Deutsch ab dem 8. Schuljahrgang und in den Naturwissenschaften spätestens ab dem 9. Schuljahrgang. Erst dann bekommen die Schüler auch Noten und nicht mehr Lernentwicklungsberichte. Am Ende eines Schuljahres rücken die Schülerinnen und Schüler in den nächsthöheren Jahrgang auf, niemand kann sitzenbleiben.

Entlarvend sind die Aussagen von Wolfgang Kuschel in einem Beitrag für die „Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule“ (GGG) in Niedersachsen von 2015. Kuschel geht davon aus, dass bei einem anhaltenden Zulauf zur Gesamtschule die Unterschiede zwischen Gesamtschule und Gymnasium langsam verschwinden würden. Nach der **Abschaffung der Schullaufbahnpflicht und des Sitzenbleibens und der Abschulung** könnten die Gymnasien vielleicht von noch mehr Schülern „geflutet“ werden. Und dann könnten sich die Gymnasien nicht mehr der Problemschüler entledigen, sondern müssten auch für die schwächeren Schüler Verantwortung übernehmen.“

### **Die rot-grüne Bildungspolitik 2013 bis 2017**

Mit der rot-grünen Regierungsbildung 2013 wurden die Weichen gestellt. Die in der Koalitionsvereinbarung vorgesehenen Maßnahmen waren zu fast 100 Prozent identisch mit den bereits im SPD-Bildungsprogramm von 2006 vorgesehenen Maßnahmen, die alle dem klar ausgesprochenen Ziel dienen sollten, das gegliederte Schulwesen von innen und außen zu demontieren und die Gesamtschule schrittweise als einzige Schulform einzuführen.

#### **Die Vorhaben, die in Angriff genommen wurden, waren:**

- **die Abschaffung der Schulformempfehlung in der Grundschule,**
- **die Abschaffung von Zensuren,**
- **die Abschaffung des Sitzenbleibens,**

- die Abschaffung der Überweisung an andere Schulformen,
- die Privilegierung der Gesamtschule beim Ausbau zu Ganztagschulen
- und nicht zuletzt: die Einführung der Stufenlehrausbildung und damit die Abschaffung des Gymnasiallehrers.

### **Die Bildungspolitik der rot-schwarzen Regierungskoalition 2017**

Nach der rot-schwarzen Regierungsbildung in Niedersachsen 2017 ist keine entscheidende Kurskorrektur erfolgt. Das Kultusministerium ist nach wie vor von der SPD besetzt und bis auf „kosmetische“ Veränderungen gehen die Reformen fast nahtlos weiter. Das differenzierte Schulwesen geht immer mehr verloren.

### **Zurückgehende Leistungsansprüche: Es droht ein „Abitur light“**

Die Abiturquote steigt und steigt, wir haben in Deutschland im Schnitt schon eine Studienberechtigtenquote von etwa 53 Prozent, in Hamburg, dem Saarland und Berlin liegt die Quote sogar über 60 Prozent. Das hat auch mit abnehmender Differenzierung im Schulsystem zu tun, anders gesagt: Hohe Abiturquoten sind nur mit mehr Nivellierung der Leistungsansprüche zu erzielen, wobei nur eine Nivellierung auf einem möglichst niedrigen Niveau diese Wirkung entfaltet. Es droht das „Abitur light“, ein Abitur ohne Verkehrswert. Zudem ist die Vergleichbarkeit des Abiturs zwischen den Bundesländern trotz Bildungsstandards, Vergleichsarbeiten und einheitlicher Prüfungsanforderungen kaum noch gegeben.

### **„Trojaner“ zur Aushöhlung des differenzierten Schulsystems**

In Niedersachsen werden zwei Drittel der Abiturleistungen in der Qualifikationsphase der Oberstufe erbracht, nur ein Drittel im schriftlichen und mündlichen Abitur. Unsere neue Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung erlaubt nunmehr ein Abitur unter erleichterten Bedingungen. Auch die Fachhochschulreife wird unter erleichterten Bedingungen vergeben, so dass momentan weder Bayern noch Sachsen die niedersächsische Fachhochschulreife anerkennen.

Die Trojaner zur Aushöhlung des differenzierten Schulsystems liegen in der Ideologie der Schule für alle. Danach darf es keine Versager geben, jeder muss zu einem optimalen Abschluss geführt werden und alle Fähigkeiten sind gleichwertig: angstfreies Lernen in einer förderlichen Umgebung mit einer Kultur der Anerkennung, ohne Stress und Druck, in Ganztagschulen alters- und jahrgangsübergreifend mit neuen Formen der Leistungsbewertung und natürlich inklusiv. Jede Schulform soll auch einen Weg zum Abitur offen halten. So die rot-grüne Koalitionsvereinbarung 2015. Zwar gelten für das Zentralabitur in Niedersachsen und die gymnasiale Oberstufe dieselben Vorschriften, egal ob Gymnasium oder Gesamtschule, aber die Vorbereitung und Durchführung des Abiturs bleibt weitgehend in den Händen der jeweiligen Schule. Wir wissen, dass jede Gesamtschule ein Interesse daran hat, eine gymnasiale Oberstufe zu führen, und deshalb möglichst viele Schülerinnen und Schüler in die Oberstufe hievt, wir wissen, dass tendenziell die Unterrichtsleistungen in der Gesamtschule und auch die Leistungen im Abitur besser bewertet werden als im Gymnasium. Das führt letztlich zu einer Konkurrenz zwischen Gymnasium und Gesamtschule, die völlig unangebracht ist.

## Theorie und Praxis

Aus dem **Erfahrungsbericht einer an eine IGS abgeordneten Gymnasiallehrerin** Anfang des Schuljahres 2018/2019:

- kein eigenes Fach
- keine Klassenlisten
- keine Bücher
- keine Räume (Räume wurden nicht zugewiesen oder wenigstens beschriftet)
- kein Schulcurriculum

Dienstbesprechung an der IGS am ersten Schultag im August:

Ich habe die Einladung erst einen Tag vorher bekommen, keine Tagesordnung oder weitere Informationen, außer dem Beginn um 10 Uhr. Auf diverse Nachfragen zum Ablauf, Konzept usw. werden wir auf eine Infomappe verwiesen, wo alles Wichtige drinstehe, es stellt sich nach drei Stunden auf der DB heraus, dass diese Mappe noch nicht existiert.

Die Konferenz ging weiter in Form von unterschiedlichen Teamsitzungen – meine Kollegin und ich sind nach drei Stunden (13 Uhr) gegangen, da uns niemand sagen konnte, wo wir zugeteilt sind.

Später heißt es, ich solle mich selbst einem Jg. zuordnen, ich wähle spontan Jg. 5, worauf es heißt, dass ich die Einführungswochen mitgestalten soll, was aufgrund meiner Unterrichtsverpflichtung an meiner Stammschule aber nicht geht.

### Einladung zu Fachkonferenzen

Auch Einladungen zu Fachkonferenzen erfolgen z.T. sehr kurzfristig (um 17 Uhr des Vortages) ohne Einhaltung der Ladungsfristen. Ich melde mich per Email ab und bekomme am ersten Schultag unhöfliche Nachfragen von der Schulleitung, wo ich gewesen sei. Es sei den Kollegen der IGS nicht zuzumuten, mich über Konferenzinhalte zu informieren, das sei für sie „doppelte Arbeit“, Protokolle scheint es nicht zu geben

### Abordnungen und Einstellungen

Die Schulleiterin ist verwundert über die hohe Zahl an abgeordneten Lehrkräften, sagt, dass eventuell rückabgeordnet werden müsse. Sie führt noch am selben Tag weitere Einstellungsgespräche. Ab September wird eine neue Kollegin erwartet, die schon einmal durch die Prüfung gefallen ist (diese soll dann die Leitung eines Faches übernehmen). Stammkollegen der Schule werden aufgefordert AGs und Fördermaßnahmen anzubieten, damit sie keine Minusstunden machen.

### Umgang mit Inklusion

Ich werde von einer Klassenlehrerin angesprochen, dass ich nicht alleine in ihre Klasse gehen solle, diese sei speziell bis sehr schwierig und außerdem sei dort ein „ESO“-Kind (Kind mit emotional-sozialer Verhaltensstörung) drin. Das Kind war lange in der geschlossenen Kinder- und Jugendpsychiatrie untergebracht. Unterricht in der Klasse mit Inklusionskindern ist nur möglich, weil die Klassenlehrerin das ESO-Kind betreut. Der Schüler wird nach meinem Unterricht in der 5. Stunde von einem Taxi abgeholt und zurück in die Psychiatrie gebracht, wo er weiterhin untergebracht ist. Eine Kollegin der IGS äußert sich schockiert, dass ich diese Klasse unterrichten soll, das sei die

schlimmste Klasse der Schule, ich solle auf keinen Fall nett sein und gleich hart durchgreifen. Meine Kolleginnen und Kollegen berichten von Schlägereien während ihres Unterrichts, Auseinandersetzungen mit Hauptschullehrern und wüsten Beschimpfungen. Eine Inklusionshelferin, die einen autistischen Schüler betreuen soll, lästert während des Unterrichts laut über meine Kollegin und verlässt kurze Zeit später mit dem Schüler den Raum mit den Worten, das sei ja nicht mehr auszuhalten.

Als Gymnasiallehrern bin ich nicht darin ausgebildet (in dem Maße, wie an der IGS nötig) Kinder mit schweren Verhaltensstörungen oder Kinder aus der Sonderschule, mit denen ich kein Gespräch führen kann, im Klassenverband zu unterrichten.



#### Erfahrungsbericht aus dem Saarland

Der bildungspolitische Kahlschlag begann 2009 mit der Ernennung des Grünen und ehemaligen GEW-Vorsitzenden Klaus Kessler zum Bildungsminister. Eine geplante fünfjährige Grundschulzeit konnte nicht gegen den Willen der Eltern (deren Kinder möglichst schnell auf das Gymnasium wechseln sollten) durchgesetzt werden. Deshalb bedurfte es sogleich eines anderen Denkmals, das sich Kessler als Befürworter der Einheitsschule setzen wollte. In seinen Fokus geriet bedauerlicherweise die Erweiterte Realschule (ERS), unter deren Dach in abschlussbezogenen Klassen Schüler auf den Hauptschulabschluss und den Mittleren Bildungsabschluss vorbereitet wurden. Mit den Stimmen der oppositionellen Linken änderte die Jamaika-Koalition in einem bundesweit wohl einmaligen Vorgang kurz vor ihrem Scheitern die Verfassung und verschmolz zum Schuljahr 2012/2013 ERS und Gesamtschule zur Gemeinschaftsschule. Es stellte sich schnell heraus, dass die **Einführung der Gemeinschaftsschule eine feindliche Übernahme der ERS durch die Gesamtschule darstellte**. Seither gibt es **keine abschlussbezogenen Klassen** und **bis Klassenstufe 8 keine verbindlichen Versetzungsentscheidungen**. **Die Noten haben faktisch keine Bedeutung mehr**. Das Saarland ist somit das einzige westdeutsche Flächenland, welches das dreigliedrige Bildungssystem und die Realschule komplett abgeräumt hat. Kollegen stellen seither einen erhöhten Arbeitsaufwand wegen nötiger Binnendifferenzierung fest, der **umso frustrierender wirkt, als dass das Niveau und die Leistungsbereitschaft der Schüler ständig absinken**.

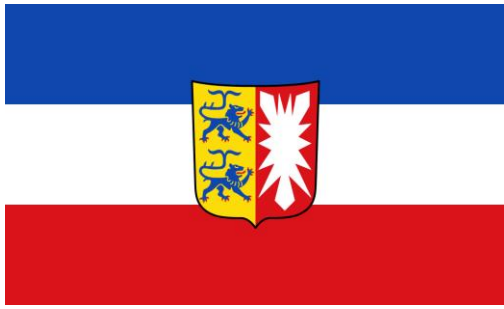
Auf Klaus Kessler folgte nahtlos der SPD-Mann Ulrich Commercon, ebenfalls GEW-Mitglied, der bis heute Kesslers Werk der „Schule für alle“ mit vollem Herzen und mit ganzer Kraft fortsetzt.

Einen besonderen Brocken legte Minister Commercon den Schulen mit der **Einführung der Inklusion** zum Schuljahr 2016/2017 vor die Tür. Ohne dass die personellen, räumlichen, materiellen und sächlichen Voraussetzungen geschaffen wurden, werden seither alle Schüler mit Förderbedarf grundsätzlich der Regelschule zugewiesen. Das Wahlrecht der Eltern wurde parallel gestärkt, da es nunmehr nicht mehr möglich ist gegen den Willen der Eltern eine Umschulung an die Förderschule vorzunehmen. Die **Förderschule existiert somit zwar noch auf dem Papier, wird aber ausbluten gelassen**. Von ehemals 27 Förderschulen Lernen werden in diesem Jahr noch 14 übrig bleiben. Seit der Einführung der Inklusion steigt somit die Zahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen kontinuierlich an. 80% dieser Schüler verfügen über mentale Beeinträchtigungen, 15% weisen ausgeprägte Verhaltensauffälligkeiten auf. Da die Voraussetzungen für die Inklusion vorab nicht geschaffen wurden, **erhält ein inklusiv unterrichtetes Kind im Schnitt 1,67 Unterrichtsstunden an sonderpädagogischer Förderung**. Die verbleibenden 26 bis 30 Wochenstunden fallen in die Verantwortung des Regelschullehrers, ohne dass dieser dafür ausgebildet ist und z. B. über die diagnostischen Kompetenzen verfügt.

Die zunehmende Belastung führte dazu, dass sich im Laufe des vergangenen Jahres **immer mehr saarländische Schulen mit Überlastungsanzeigen, Brandbriefen und Hilferufen an das Ministerium** wandten, ohne dass dieses konkrete Entlastungsmaßnahmen vornahm. Im Dezember 2017 fanden dann Briefe aus den Schulen den Weg an die Öffentlichkeit. Bundesweit bekannt wurde dabei der Hilferuf der Gemeinschaftsschule Bruchwiese in Saarbrücken. Die Lehrer beschreiben darin, dass 86% der Schüler einen Migrationshintergrund aufweisen würden und etwa jeder siebte Schüler einen sonderpädagogischen Förderungsbedarf habe. **Im Schulalltag seien vermehrt Disziplinlosigkeit, Gewalt und Drogenkonsum** zu bemerken. Es wird u. a. von dem Fall eines Schülers mit emotional-sozialem Förderbedarf berichtet, dessen **Integrationshelfer kündigten, weil sie sich von dem Schüler bedroht gefühlt** hätten. Ein weiterer **E-Schüler sei aus der Psychiatrie als unbe-rechenbar entlassen worden und sofort wieder der Schule zugewiesen** worden. Der Brief aus Saarbrücken schließt mit den Worten: „Niemand ist verpflichtet etwas objektiv Unmögliches zu leisten! Das Ministerium hat eine Fürsorgepflicht für uns Lehrerinnen und Lehrer.“ Die Gemeinschaftsschule Bruchwiese ist kein Einzelfall im Saarland: Mittlerweile wurden durch die regionale Presse etliche solcher Briefe aus dem gesamten Saarland öffentlich.

Nachdem sich die Probleme nicht mehr als Einzelfälle darstellen ließen, erklärte Minister Commercon, dass die aufgezeigten Probleme keine bildungs-, sondern gesellschaftspolitischen Fragestellungen seien. Es seien auch keine zusätzlichen Lehrer erforderlich. „Brennpunktschulen“ solle stattdessen ein Modellprojekt angeboten werden, wobei die dortigen Lehrer u. a. von externen Beratern unterstützt werden sollen.





## Erfahrungsbericht aus Schleswig-Holstein

### Gemeinschaftsschule zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Zur Situation in Schleswig-Holstein – 10 Jahre nach der Auflösung bzw. Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen durch die erste Große Koalition 2006 bis 2009

Beworben wurde die neue Gemeinschaftsschule (GemS) als leistungsstarke und sozial gerechte Schule, die die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler (SuS) ins Zentrum stellt. Schüler sollten miteinander und voneinander in gemischten Lerngruppen mit intensiver individueller Förderung lernen. Die GemS verwirklicht längeres gemeinsames Lernen, Chancen- und Bildungsgechtigkeit. Sie überbrückt gesellschaftliche Grenzen und entkoppelt den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft und ermöglicht SuS höhere Bildungsabschlüsse.

### Gegenüberstellung von Pro- Argumenten und deren Widerlegung

Pro- Argument	Widerlegung
Hauptschule/Restschule nicht mehr nachgefragt, daher soll sie aufgelöst oder in andere Schulform integriert werden.	Hauptschule wurde bewusst kaputt gespart und schlecht gemacht. Köder für Akzeptanz für Umbau des Schulsystems.
PISA hat gezeigt, dass nur durch gemeinsames Lernen das Leistungsniveau aller angehoben werden kann.	Länder mit einer Form der GemS zeigen nicht nur deutlich schwächere Leistungen, sondern bilden oft auch das Schlusslicht in Bildungsvergleichen. Gesamtschulen schnitten immer schlechter ab z.B. Realschulen.
Durch selbstständiges Erarbeiten neuen Wissens und individuelle Förderung durchdringen gerade sonst benachteiligte SuS neue Lerninhalte besser. Alle SuS profitieren fachlich voneinander.	Wirkliche individuelle Förderung kann nicht geleistet werden. Benachteiligte SuS profitieren nicht von der „neuen“ Lernkultur, weil selbstorganisiertes Lernen für sie schwieriger ist, als für Kinder aus bildungsnahem Elternhaus. <b>Selbständiges Lernen führt nicht zwangsläufig zum Lernen der Selbständigkeit.</b>
Es entsteht eine neue Lernkultur des selbstverantwortlichen Lernens, in der Lehrer psychologische Berater und Förderer und	Schule lebt vom Unterricht durch gute Lehrer. Das Abarbeiten von Lernpaketen in Form kopierter Zettel und Aufgaben lässt keine

Lernbegleiter sind.

Gemeinschaftssituation entstehen. Schüler sind im Lernen isoliert. Lehrer erklärt kaum noch, er kann nicht mehr kontrollieren, was wirklich gelernt wurde, sondern nur wie viele Aufgaben erledigt wurden.

### Welche Lehrer haben im Unterricht den größten Erfolg?

Es sind die, die für ihr Fach brennen, die mit Leidenschaft die Lerninhalte vermitteln und ihre SuS dafür begeistern. Wie soll das möglich sein, wenn Lehrer zum Lernbegleiter degradiert werden? Oft sind die SuS durch die Lernmethode der GemS auf die Hilfen ihrer Eltern angewiesen. Es entbehrt nicht einer bitteren Ironie, dass eine Bildungspolitik, die den Lernerfolg der Kinder vom Geldbeutel der Eltern entkoppeln wollte, durch eine solche Lernmethode genau diese Abhängigkeit weiter verfestigt. **Das gut Gemeinte ist eben oft nicht das gut Gemachte.**

Wenn SuS über einen längeren Zeitraum hinweg im Unterricht wenig lernen, setzt ein zunächst schleichender Leistungsverfall ein. Wenn man ständig mit disziplinarischen Problemen beschäftigt ist, muss der Fachunterricht verkümmern.

Individualisiertes Lernen entspricht nicht dem Idealbild von Unterricht. Zu einem erfolgreichen Lernprozess gehört der intellektuelle Austausch aller SuS. Von der individualisierten Lernform profitieren in erster Linie die leistungsstarken SuS, die sich selbst gut organisieren und disziplinieren können.

Nach einer längeren Phase solcher Lernform fragte eine Schülerin: „Wann machen Sie denn mal wieder Ihren begnadeten Frontalunterricht?“ Lässt man die Koketterie, die in dieser Frage mitschwingt, beiseite, formuliert diese Schülerin ein ernsthaftes Anliegen. **Das klug geführte Unterrichtsgespräch wird von den Schülerinnen und Schülern als besonders effektive, informative, sie keineswegs bevormundende Lernform wahrgenommen.**

Der Pädagoge Jochen Grell sagte: „Du darfst direkt unterrichten, auch die ganze Klasse auf einmal. Du brauchst dich nicht dafür zu schämen, dass du die SuS belehren willst. Die Schule ist ja erfunden worden, damit man nicht jedes Kind einzeln unterrichten muss.“

Jahre nach der Zwangsauflösung bzw. Zwangsfusion von Hauptschulen und Realschulen führte die Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL-SH) eine repräsentative Forsa-Umfrage durch. (siehe beigefügte Graphik)

Obwohl die Vorstellung der Forsa-Umfrage auf dem IVL-Bildungskongress Ende April 2018 in Anwesenheit der Ministerin Karin Prien ergab, dass eine deutliche Mehrheit der befragten Bürgerinnen und Bürger das längere gemeinsame Lernen und das mühelose Aufsteigen bis in die Klasse 9 ablehnen, beschränkte sich die Ministerin in ihrer Replik auf Polemik (Populismusvorwurf) und bekräftigte, dass die Einrichtung abschlussbezogener Klassen zurzeit weder rechtlich möglich noch politisch gewollt seien.

Aus den überaus negativen Erfahrungen in Baden-Württemberg mit nachhaltigen und gravierenden „Verwüstungen“ im Schulwesen, weil Grün-Rot aus ideologischen Gründen die Gemeinschaftsschule durchdrücken wollten, formuliert der Berichterstatterin ihren Appell: „Die einst maßgeblichen Schularten Hauptschule/Werkrealschule, Realschule, Gymnasium und daneben die Förderschule waren konzeptionell sehr gut aufeinander abgestimmt“. Die eigenständigen Schularten ergänzten sich ideal und „orientierten sich an der Leistungsfähigkeit der Kinder.“ ... **„Unweigerlich stellt sich hier die Frage nach Qualität und Sinnhaftigkeit solcher Schulpolitik.“**

**Mein Appell:**

**„Unterschiedliche Kinder brauchen unterschiedliche Schularten!“**

**Zu den Wahlen:**

**„Passt bloß auf!“**



11

**Statement des Wirtschaftsvertreters Franz Xaver Peteranderl, Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern, zur Podiumsdiskussion:**

Das mehrgliedrige Schulwesen in Bayern bereitet die jungen Menschen ideal auf das Berufsleben vor. Zahlenmäßig ist die Mittelschule der wichtigste Partner des Handwerks. Mit knapp 55 Prozent kommen über die Hälfte aller Auszubildenden von der Mittelschule. Diese ist nicht nur die Schule vor Ort in der Region, sondern hat ein stark berufsorientierendes Profil und engagierte Lehrkräfte, die hervorragende Arbeit leisten. Aber das Handwerk bekommt seine zukünftigen Spitzenkräfte nicht nur von der Mittelschule – ganz im Gegenteil: Im Jahr 2017 hatten 34 Prozent der Lehrlinge die Mittlere Reife und rund zehn Prozent starteten mit Abitur in die Lehre. Daran sehen Sie die Vielfalt der Lehrlinge im Handwerk. Und wir brauchen diese Vielfalt für unsere über 130 Ausbildungsberufe. Das mehrgliedrige Schulsystem hat die Aufgabe, den jungen Leuten alle verschiedenen Optionen aufzuzeigen. An der Mittelschule muss neben der Handwerkskarriere auch der M-Zweig mit Option auf FOS und Studium an die Schüler vermittelt werden. Und am Gymnasium fordern wir natürlich im Gegenzug, dass auch die Lehre oder Ausbildung in der beruflichen Orientierung eine Rolle spielt. Bayern ist auf einem guten Weg. Die Gymnasien öffnen sich zunehmend für das Handwerk. Seit diesem Schuljahr werden an allen bayerischen Gymnasien Koordinatoren für berufliche Orientierung eingesetzt, mit deren Hilfe wir auch Gymnasiasten für das Handwerk in zunehmendem Maße begeistern wollen.